

Antworten auf die Wahlprüfsteine von Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen anlässlich der Bundestagswahl 2021



1) Was werden Sie für eine gute Unterstützung des Systems Schule durch Schulpsychologinnen tun? Wie werden insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche in Ihre Maßnahmen oder Vorschläge einbezogen?

Die Pandemie hat tiefe Spuren hinterlassen, gerade bei Kindern, die es zuhause auch davor schon schwerer hatten. Sie brauchen eine helfende Hand und ein offenes Ohr, um den Weg in ihr normales Leben zurück zu finden. Wir wollen die Beratung und Einzelfallhilfe für Schüler*innen an Schulen stärken. Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen leisten einen unverzichtbaren Beitrag, um die psychische Gesundheit von unseren Kindern und Jugendlichen nachhaltig besser zu schützen. Jedes zusätzliche Angebot für die Krisenbewältigung soll die Qualität in der Bildung langfristig voranbringen. In Zusammenarbeit mit anderen Beratungsdiensten sowie Schulleitung, Lehrkräften und Schulsozialarbeit kann die Schulpsychologie dann wichtige Aufgaben übernehmen: vom akuten Krisenmanagement über Gewaltprävention und Verbesserung des sozialen Klimas bis zur Unterstützung von Schulen bei der Entwicklung individueller Förderkonzepte. Schulen in benachteiligten Regionen wollen wir GRÜNE besonders unterstützen.

2) Welche Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Verringerung von Ungleichheiten beispielweise bei Gesundheits- und Bildungschancen oder im Bereich Inklusion planen Sie?

Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Bildungschancen, Einkommensunterschieden und Gesundheit. Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt, die die Ursachen von Krankheiten bekämpft, Präventionsforschung fördert und vorausschauend handelt. Maßnahmen der Gesundheitsförderung müssen an den Lebensumständen der Menschen ansetzen. Das betrifft beispielsweise die Arbeitswelt, aber auch eine gesundheitsförderliche Stadtgestaltung. Denn Menschen mit geringen Einkommen leben häufig dort, wo etwa Lärm und Abgase die Gesundheit in besonderem Maße schädigen. Ein weiteres wichtiges Ziel ist es, einen barrierefreien Zugang zum Gesundheitswesen für alle Menschen sicherzustellen. Für gerechte Bildungschancen wollen wir GRÜNE einen Rechtsanspruch auf inklusive Ganztagsangebote umsetzen, Schulen in benachteiligten Regionen gezielt unterstützen und multiprofessionelle Teams ermöglichen.

3) Digitalisierung und Klimawandel erfordern massive Veränderungen. Wo planen Sie in den Wandlungsprozessen größere Beiträge der Psychologie ein?

Diese Transformationsprozesse können nur erfolgreich gelingen, wenn entsprechende Kompetenzen (zum Beispiel Digitalkompetenzen oder Klimawissen) vermittelt werden. Hierbei sehen wir GRÜNE auch einen Beitrag der Psychologie als notwendig an.

4) Inwieweit werden Sie Gesundheitsförderung, Prävention und psychische Belastungen in weiteren Gesetzesvorhaben aufgreifen? Welchen Stellenwert sehen Sie für die Berufe Psychologin/ Psychologe? Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?

Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht zugängliche Hilfen, damit sich das Leid nicht verschlimmert. Stigmatisierungen, zum Beispiel am Arbeitsplatz, muss vorgebeugt werden. Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und stationären Therapie- sowie Hilfs- und Beratungsangeboten, zum Beispiel auch für Suizidprävention oder bei Abhängigkeiten, ist zentral. Wir GRÜNE sehen Prävention und Gesundheitsförderung als eine ganzheitliche Aufgabe, bei der auch Psycholog*innen eine wichtige Rolle spielen. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die betriebliche

Gesundheitsförderung. Es ist leichter, dem Stress bei der Arbeit etwas entgegenzusetzen, wenn die Unternehmenskultur sowie Arbeitsabläufe gesundheitsförderlich organisiert sind, flexible Arbeitszeiten möglich und kollegiale Hilfen verfügbar sind. Gesundheitsförderung setzt darauf, die Kompetenzen, das Selbstwertgefühl und die Selbstachtsamkeit der Menschen zu steigern. Das Ziel ist, das Wohlbefinden zu steigern, Gesundheitsrisiken zu reduzieren und damit letztendlich Krankheiten zu vermeiden.

5) Die Belastungen im Arbeitsleben, insbesondere in der Pflege und der Gesundheitsversorgung sind hoch. Welche Maßnahmen zum gesunden Arbeiten und gesunden Altern planen Sie?

Aktuell müssen Beschäftigte in medizinischen Berufen zu oft über ihre Belastungsgrenzen hinaus arbeiten. Unterbesetzung, Überstunden, physische und psychische Überforderung sind Alltag, nicht nur in Pandemiezeiten. Um diese Arbeitsbedingungen zu verbessern braucht es mehr Lohn, Arbeitsschutz und Anerkennung und vor allem mehr Kolleg*innen und mehr Zeit. Wir GRÜNE wollen durch bedarfsgerechte Personalbemessung, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften, weniger Bürokratie und neue Arbeitszeitmodelle, Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir beschränken, um Überlastung vorzubeugen und den Personalverlust im medizinischen und pflegerischen Bereich einzudämmen. Für potenziell traumatisierende Ereignisse braucht es eine Stärkung der psychosozialen Unterstützung für alle Gesundheitsberufe.

6) Welche Änderungen planen Sie um die weiter bestehenden prekären Situationen in der Psychotherapieausbildung aufzulösen?

Die Finanzierung der ambulanten Weiterbildung ist weiterhin unzureichend. Wir GRÜNE wollen eine Zusatzfinanzierung zum Beispiel durch eine sozialgesetzliche Förderung. Anderenfalls müssen weiterhin erhebliche finanzielle Kosten für Weiterbildungsleistungen durch die künftigen Psychotherapeut*innen in Weiterbildung (PiW) getragen werden. Erforderlich sind Übergangsregelungen, damit auch die heutigen PiA nicht länger ihre praktische Tätigkeit als Praktikant*innen absolvieren müssen, sondern im Angestelltenverhältnis angemessen vergütet werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass im Studium alle vom Wissenschaftlichen Beirat Psychotherapie als wissenschaftlich anerkannte Verfahren von Psychotherapeut*innen mit der entsprechenden Fachkunde gelehrt werden. Die Besonderheiten der Behandlung von Patient*innen aller Altersgruppen, einschließlich von Kindern und Jugendlichen, müssen umfassend in der Lehre behandelt werden. Das Studium der Psychotherapie sollte zudem bei Einhaltung der Qualitätskriterien auch an Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaft möglich sein und mehr Praxiserfahrung als bisher beinhalten.

7) Welche Maßnahmen streben Sie an, um eine gute und sektoren-übergreifende psychotherapeutische Versorgung ohne lange Wartezeiten zu erreichen? Wie würden vorbeugend sensible Daten im Rahmen der Digitalisierung des Gesundheitswesens geschützt werden?

Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir GRÜNE die Weichen stellen, denn seelische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität, soziale Teilhabe und körperliche Gesundheit, und mehr als nur Abwesenheit psychischer Krankheiten. Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht zugängliche Hilfen, damit das Leid sich nicht verschlimmert. Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und stationären Therapie- sowie Hilfs- und Beratungsangeboten ist zentral. Wir wollen ambulante Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut*innen schaffen. Es braucht eine gemeindenahere und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte sektorenübergreifende Zusammenarbeit.

Digitalisierung und Datenschutz sind aus unserer Sicht keine Gegensätze. Vielmehr ist der Schutz der digitalen Souveränität die Voraussetzung für Akzeptanz der Nutzer*innen. Dazu gehört auch, dass die Patient*innen selbst festlegen können, wem sie ihre Daten zugänglich machen.